Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 58 (1966)

Heft: 3

Artikel: Ausbau des staatsbürgerlichen Unterrichts : ein weiterer Diskussionsbeitrag zum Artikel "Neue Positionen für die schweizerischen Berufsschulen"

Autor: Müller, Oskar

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-354222

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

auch auf den bereits 1920 von den Gebrüdern Ing. Pierre und Oberst Ernest Cérésole, Söhne eines Bundesrates, die der Schreibende noch persönlich kannte, gegründeten *Internationalen Zivildienst* erinnert werden, der seither bereits wertvolle Pionierdienste auf diesem Gebiete geleistet hat.

Zögernden und Skeptischen sei im Sinne einer «Mission» und nicht «Abdankung» der Schweiz schließlich die Mahnung des großen Zürcher Reformators Huldrych Zwingli zugerufen: «Tut ums Himmels willen etwas Tapferes!»

A. W. Herzig, Bern

Ausbau des staatsbürgerlichen Unterrichts an den Berufs- und Mittelschulen

Ein weiterer Diskussionsbeitrag zum Artikel «Neue Positionen für die schweizerischen Berufsschulen»

Die Politik ordnet und bestimmt das Zusammenleben der Menschen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft und ist deshalb für den Menschen von größter Bedeutung. Sie entscheidet über Krieg und Frieden, bringt Wirtschaftskrisen oder gute Konjunktur, bringt Inflation oder stabile Währung, Untergang oder Aufstieg eines Volkes. Der Politiker wird nur sinnvoll und das Gemeinwohl fördernd auf das Zusammenleben der Menschen Einfluß nehmen können, wenn er die Natur des Menschen kennt und weiß, was sie zu ihrer Entfaltung nötig hat. Der Politiker muß sich auch darüber klar sein, wie die verschiedenen menschlichen Gemeinschaften gebaut sein müssen, wie Familie, Wirtschaftsverbände, Gemeinde und Staat strukturiert sein müssen. Erst durch die Gemeinschaft kann ja der Mensch seine persönliche Initiative entfalten. Der Mensch lebt durch und aus der Gemeinschaft, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß es keine Gemeinschaft gibt ohne reife Persönlichkeit und opferbereiten persönlichen Einsatz des Menschen. – Ein Politiker ohne gute Allgemeinbildung und ohne ein durch gute Geschichtskenntnisse unterstütztes Urteilsvermögen wird notwendigerweise ein schlechter Politiker sein. Ein Politiker ohne ein Mindestmaß an juristischem und volkswirtschaftlichem Wissen, ohne einen Grundbegriff von moderner Soziologie, ohne psychologisches Verständnis für den Menschen ist kein Politiker im echten Wortverstand. Er ist kein Sachwalter des Gemeinwohles, sondern ein Scharlatan, ein Mann am falschen Platze.

Aber in der Demokratie kann der fähigste und aufrichtig gesinnte Politiker nicht viel ausrichten ohne die Zustimmung und Mitarbeit des Volkes. Ein schlecht gebildetes Volk lähmt den guten

Politiker in der Demokratie und verurteilt ihn zur Erfolglosigkeit. In der schweizerischen Referendumsdemokratie liegt der letzte Entscheid bei der Masse der Stimmbürger. Hat unser Volk im Durchschnitt jenen Bildungsstand, der für eine direkte Demokratie wünschenswert und erforderlich ist angesichts der immer komplizierter werdenden sozial- und wirtschaftspolitischen Probleme? Wir wollen diese Frage offenlassen, dafür die sehr wahren Sätze wiedergeben, die Pierre Béguin, Direktor der «Gazette de Lausanne», niedergeschrieben hat (s. «NZZ», «Moderne Informationstechnik und Menschenbildung», Bl. 2, Nr. 40, 5. Jan. 1966): «Damit unsere politische Ordnung normal und wirksam funktioniert, drängt sich eine möglichst starke *Hebung des allgemeinen Bildungsdurchschnittes* auf. Eine möglichst große Zahl von Stimmbürgern muß in der Lage sein, von verschiedenen Thesen die überzeugendste, fruchtbarste, dem allgemeinen Wohl förderlichste, kurz: die beste zu wählen.»

Aus unseren Ueberlegungen folgt unmittelbar: Nicht nur die Regierungsmänner und Parlamentarier, nicht nur die tonangebenden Leute in den Parteien, sondern auch das breite Volk muß Bildung besitzen, soll die Demokratie einigermaßen befriedigend funktionieren. «Ohne politische Erziehung ist das souveräne Volk ein Kind, das mit dem Feuer spielt und jeden Augenblick sein Haus in Gefahr bringt.» (Pestalozzi.) Die Bereiche von Wirtschaft und Recht müssen Bildungsgut jedes Bürgers werden. Ohne solche Bildung kann der Bürger an der Gestaltung von Staat und Wirtschaft nicht richtig Anteil nehmen. Ein Ungebildeter kann sich bei Abstimmungen über sozial-, wirtschafts- und kulturpolitische Vorlagen kein sachlich fundiertes Urteil bilden. Ohne Bildung kann niemand die Gegenwart aufbauend gestalten. Und in der Demokratie entscheidet jeder mit, aufbauend oder niederreißend. Ungebildete werden leicht das Opfer demagogischer Wahl- und Abstimmungspropaganda. Nur von sachlich wie ethisch gebildeten Staatsbürgern kann eine aufbauende Politik erwartet werden. Die geistige und sittliche Reife eines Volkes entscheidet über das Schicksal seiner Demokratie.

Ist also die möglichst starke Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus und der politischen Bildung unseres Volkes von entscheidender Bedeutung für unser Schweizer Staatswesen, dann ist auch die Förderung der Allgemeinbildung und der Ausbau des staatsbürgerlichen Unterrichts sowie die Erziehung der jungen Menschen zu verantwortungsbewußten Staatsbürgern an unsern Berufsschulen dringend und nicht weiter aufzuschieben. Es ist A. Leuzinger voll und ganz zuzustimmen, wenn er jene, die sich einer starken Förderung der Allgemeinbildung und dem Ausbau des staatsbürgerlichen Unterrichts an unsern Berufsschulen aus egoistischen Motiven widersetzen, Totengräber unserer demokratischen Staatsform nennt. Bloße Fachleute und Berufsspezialisten ohne gute allgemeine, ohne staats-, wirtschafts- und sozialpolitische Bildung sind gut und leicht manipu-

lierbare Funktionäre für den totalen Staat, aber unbrauchbar für die Demokratie. Wer nur «Fachsimpel» erziehen will, fördert die Vermassung und arbeitet mit an der Zerstörung unserer Demokratie.

Sehr zu begrüßen ist deshalb auch, wenn Dr. E. Berger-Kirchner in der «Schweizerischen Lehrerzeitung» (Nr. 1/1966) unter dem Titel «Wirtschaft, Recht, Politik und höhere Mittelschulbildung» die Einführung des Faches «Sozialkunde» an den Gymnasien fordert. Wirtschaft und Recht sollten nicht nur allgemeines Bildungsgut jedes Bürgers werden, sondern auch vor allem derjenigen, «die in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft auch die verantwortungsvollsten Funktionen übernehmen müssen». Das Fach «Sozialkunde», richtig betrieben, könnte einen wohltuenden Einfluß ausüben auf den künftigen Juristen und Wirtschaftswissenschafter, «auf Berufsstände, die wie keine anderen die Verfügungsgewalt über Mensch und Materie haben, die Gesetze und Politik prägen und das Schicksal der Schule weitgehend lenken». Die höheren Schulen haben nach Berger-Kirchner der jungen Generation auch auf dem Gebiet der Politik und Wirtschaft etwas Bleibendes, Anerkanntes, ethisch Hochstehendes zu vermitteln.

Mittelschulen und Berufsschulen sollen also nicht nur «Produktionsfaktoren» ausbilden, sondern sie sollen auch allgemein bilden, den Menschen zu echter Menschlichkeit erziehen. Sie haben auch jene politische Reife und Urteilskraft zu fördern, ohne die keine Demokratie auf die Dauer bestehen kann und keine gerechten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse geschaffen werden können. Vor allem sollen sie dem jungen Menschen, der für echte Ideale noch ganz besonders aufgeschlossen ist und begeistert werden kann, eine hohe sozialethische Auffassung vermitteln. Im Staatslexikon des Herder-Verlages (Freiburg i. Br., Band 6, Sp. 347) lesen wir unter dem Titel «Politik» die folgenden sehr guten Ausführungen: «Sittlich vollendet wird politisches Handeln durch die gesinnungsmäßige Verbundenheit aller Glieder (des Volkes) und die innere Bejahung gemeinsamer Ziele. Erst sie schafft eine personale Gemeinschaft und überwindet den Staat als technische Apparatur oder anonyme Massenorganisation von innen her. Man kann von staatsbürgerlicher Gesinnung oder Gemeinsinn und seiner Wurzel, der sozialen Liebe, sprechen. Sie ist mehr als nüchterne äußere Gerechtigkeit, nimmt vielmehr das Gemeinwohl und die gemeinsamen Aufgaben in die innere Sorge auf. Unter ihrer Einwirkung gedeihen die menschlichen Bezüge im politischen Bereich: Treue, Loyalität, Pietät und Verantwortungsgefühl. Lebendiger Gemeinsinn erst überwindet Staatsmüdigkeit, Interessenlosigkeit, Verdrossenheit, unfruchtbare Kritik oder egoistische Verteidigung von Vorrechten und erweist die sittliche Reife für die politische Verantwortung.»

Diesen Gemeinsinn zu wecken durch den Ausbau des staatsbürgerlichen Unterrichts an den Berufs- und Mittelschulen ist nach

unserer Auffassung heute die wichtigste Aufgabe. Denn ohne diesen Gemeinsinn und ohne sittliche Kultur werden uns die Wissenschaften, Technik und Organisationskunst in Wirtschaft und Staat eher zum Fluch als zum Segen. Sie werden bei der Abwesenheit des sozialen Gewissens in der Oeffentlichkeit Mittel zur Versklavung des Menschen in den Händen des Kapitalisten, Managers und totalen Staates. Denken wir nur daran, wie oft heute die Erkenntnisse der Tiefenpsychologie beispielsweise von der Konsumwerbung oder der Propaganda der totalen Staaten mißbraucht werden.

Oskar Müller, Zürich

Auf dem Lande – in Jugoslawien – und Bulgarien:

Gegensätze zwischen sozialistischen Staaten

Ueber der Adria weht bereits ein kalter, beißender Wind – die von den Bauern gefürchtete «Bora». Sie pfeift über die Karstlandschaft Dalmatiens, wirbelt den kargen Humus hoch und entblößt die Wurzeln der Bäume, die auf kahlen, felsigen Abhängen ihre kümmerlichen Kronen in den gräulichen Himmel strecken. Der Süden Jugoslawiens, die Küste und die Inseln sind kein guter Boden für die Landwirtschaft. Hier fristen die Bauern ein ärmliches Leben. Soweit das Auge reicht, sind die dürftigen Pflanzungen mit sorgfältig aufgeschichteten Steinbrocken umzäunt. Und des öftern machen die Schritte Halt vor einer zerfallenen Steinhütte, deren Besitzer hinüber nach Bosnien gezogen ist, um dort in der Textilindustrie zu arbeiten. Und noch mehr Bauern haben sich der Fremdenindustrie zugewandt, arbeiten heute in den Hotels an der Küste und auf den vielen Inseln und verdienen so ihr Brot. Der – noch so feurige – Wein, den sie aus ihren dunkelblauen Trauben gewinnen, und die saftigen, dickhäutigen Tomaten vermögen sie nicht zu ernähren.

Wer aus diesen Regionen Jugoslawiens in die Industrie abgewandert ist, für den war dies eine Frage der nackten Existenz; der Boden konnte ihn nicht ernähren. Wer hingegen seine Scholle oben in den nördlichen Gebieten gegen die ungarische Grenze mit der lärmigen Fabrikhalle vertauschte, tat dies mit anderer Absicht: Er ging in die Stadt und wollte dort ganz einfach besser und bequemer leben!

Bis zum Bruch Titos mit Stalin und die ersten Jahre danach, war die Landflucht in Jugoslawien – wie in allen anderen sozialistischen Staaten auch – in erster Linie ein politisches Problem: Die Bauern ließen sich nicht gerne in die Kollektivwirtschaften pressen. Sie